

*Der im Folgenden vorgelegte Text versteht sich nicht als fertiges Konzept, sondern als Entwurf und arbeitshypothetische Richtungsansage, die wir zur Diskussion stellen und an denen wir in einem offenen Prozess ständig weiterarbeiten wollen. Interessierte sind auf dem Diskussionsforum zur Mitarbeit eingeladen. Das Datum zeigt den aktuellen Bearbeitungsstand.*

## Entwurf und Richtungsansage einer Solidarischen Ökonomie<sup>1</sup>

### Worum es geht.

Was als weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise aufgebrochen ist, macht vollends deutlich: ein Wirtschaftssystem, das die Anhäufung von Kapital und das „Streben nach Eigennutz“ zum Motor und Leitbild allen Handelns macht und Wirtschaft zur Abschöpfungs- und Bereicherungsmaschine der Anteilseigner werden lässt, treibt nicht nur Menschen in Armut und Elend, führt nicht nur ganze Volkswirtschaften an die Grenzen des Ruins und macht nicht nur die Lösung der Umweltkrise unmöglich, es untergräbt auch die Grundfunktion des Wirtschaftens selbst: den Austausch von Gütern und Leistungen zum Vorteil aller Beteiligten und die Orientierung der Wirtschaft an menschlichen Lebensbedürfnissen.

Die jetzt aufgebrochene grundlegende Krise ist nicht mit moralischen Appellen an Manager zu beheben, nicht mit einigen Auffangmaßnahmen des Staates, nicht mit Reparaturen am alten System. Es müssen die systemischen Ursachen untersucht und von Grund auf andere Maximen und neue Modelle des Wirtschaftens gefunden werden.

Das wird nur gelingen, wenn die **Tabufragen** der bestehenden Wirtschaftsweise auf den Tisch gelegt werden, vor allem die Frage nach legitimem Eigentum und legitimer Aneignung von gesellschaftlichem Reichtum, die Frage nach der Unabdingbarkeit ständigen Wachstums, die Frage nach wesentlichen Gemeinschaftsaufgaben des Wirtschaftens, die Frage nach einem lebensdienlichen Finanz- und Geldsystem.

Wir wollen diese Tabus brechen und Prämissen, Systemansätze und Modelle einer lebensdienlichen Wirtschaftsweise zusammentragen und herausarbeiten – einer Wirtschaftsweise, in der nicht Profitmaximierung und Bereicherung im Kampf aller gegen alle, sondern Solidarität zum Leitmotiv des Wirtschaftens wird.

Wir widersprechen somit der These, dass es nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus keine Alternative zur kapitalistischen Marktwirtschaft gäbe und dass wir am „Ende der Geschichte“ stünden<sup>2</sup>. Wir erheben den Anspruch, mit einer Solidarischen Ökonomie durchaus eine „**Alternative**“ (einen „Dritten Weg“) aufzuzeigen und in die gesellschaftliche Auseinandersetzung einzubringen.

Es werden Entwürfe und Modelle einer **Realutopie** sein: „*Utopia*“, wörtlich der Ort, an dem noch keiner war, zu dem wir aber hinmüssen, um nicht im Alten zu ersticken. Das heißt, dass wir über das bisher Gemachte und Machbare hinaus Konturen einer lebensdienlichen Wirtschaftsweise und Sozialverfassung entwerfen und dann im zweiten Schritt nach konkreten Möglichkeiten der Realisierung fragen. Dabei gehen wir nicht von vorgefassten Ideologien aus, sind vielmehr **ideologiekritisch** und nehmen eine offene, forschende Haltung ein.

Allerdings gehen wir von **drei leitenden Prämissen** aus:

1. Anerkennung der **Menschenwürde** und der Grundrechte eines jeden Menschen.
2. Primat des **Erhalts unseres Ökosystems**.
3. **Primat des Politischen** in einer demokratischen Verfassung und Vorrang des Gemeinwohls vor allen ökonomischen und Sonderinteressen.

---

<sup>1</sup> Entwurf Bernd Winkelmann, Überarbeitung durch Redaktionsgruppe H. Bender, R. Geitmann, B. Winkelmann nach Diskussion 09.11.2008 Tagung Imshausen und schriftlichen Beiträgen von J. Bickel, H. Müller und anderen.

<sup>2</sup> So Francis Fukuyama, 1993

Zur Erarbeitung einer Solidarischen Ökonomie soll insgesamt in fünf **Schritten** vorgegangen werden:

1. Aufdecken der tieferen Ursachen unserer zivilisatorischen Krise.
2. Aufzeigen der ethischen Prämissen und Leitvorstellungen einer Solidarischen Ökonomie.
3. Aufzeigen der ökonomischen Prämissen und Systemansätze einer lebensdienlichen Ökonomie.
4. Aufzeigen und Unterstützung möglicher Modelle, Bausteine und Projekte einer Solidarischen Ökonomie.
5. Aufzeigen und Anstoßen notwendiger politischer Veränderungen und Rahmenbedingungen.

## 1 Ursachen der Zivilisationskrise unserer Zeit

### 1.1 Die Grundparadoxien unserer Zeit

Die Menschheit steht heute vor einer **Grundparadoxie** und Widersinnigkeit ihres Wirtschaftens:

- Einerseits erleben wir weitere enorme Steigerungen des Produktionspotentials, des Geldvermögens und der Reichtümer, der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der technischen Fähigkeiten – das alles in einem Tempo und in einer Höhe, wie es das in der bisherigen Menschheitsgeschichte noch nie gegeben hat;
- andererseits erfahren wir aber keine Lösung, sondern die Zuspitzung gesellschaftlicher Grundprobleme von Armut und Hunger, von Fremd- und Selbstaussbeutung im Arbeitsprozess, von Umweltzerstörung, sozialen Spannungen, kriegerischen Konflikten u.a.m.;
- gleichzeitig wächst die Schere zwischen arm und reich, werden Menschen zunehmend aus Arbeit und ertragreichem Lohn, aus sozialer, kultureller und entwicklungsfähiger Teilhabe ausgegrenzt.

Diese Widersprüche verschärfen sich durch weitere sich gegenseitig verstärkende Faktoren:

- Bevölkerungsexplosion in den wenig entwickelten Ländern,
- rasche Klima- und Umweltveränderungen,
- Erschöpfung natürlicher Ressourcen und Nahrungsmittelverknappung,
- nacheiferndes Wirtschaftswachstum der Schwellenländer mit entsprechenden sozialen Polarisierungen, Ressourcen- und Umweltbelastungen.

Dazu kommt der Widerspruch zwischen Einsichten, Willensbekundungen und Beschlüssen der Politiker und deren Nichtrealisierung auf Grund sogenannter „ökonomischer Sachzwänge“.

Schon der erste unbefangene Blick auf diese Tatsachen lässt erkennen:

1. In der Art unseres Wirtschaftens läuft etwas grundlegend schief.
2. Die Menschheit steht heute in einer **Zivilisationskrise**, die ihre Existenz bedroht.
3. Bei der Bewältigung der Krise kann es nicht um noch mehr Wachstum und noch mehr Reichtum gehen, sondern um einen grundlegend anderen Umgang mit

Reichtum und Vermögen und um eine fundamentale Umorientierung zu einer „nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise“<sup>3</sup>.

## 1.2 Die Ursachenfrage und die systemische Frage

Wer diese Entwicklung nicht resigniert und verantwortungslos hinnehmen will, muss Antworten auf zwei Fragen finden:

1. Was sind die wesentlichen **Ursachen** dieser katastrophalen Entwicklung?
2. Welche **Änderungen** sind nötig, damit die Krise von ihren Wurzeln her behoben werden kann?

Die Ursachen sind auf zwei Ebenen zu suchen: - auf der mentalen Ebene, also auf der Ebene der (oft unbewussten) Leitvorstellungen und Denkmuster der Menschen – sowie auf der strukturellen Ebene, also auf der Ebene von wirtschaftlichen und sozialen Mechanismen, Regelwerken und Strukturen.

Zur Lösung der Probleme müssen Systemfragen gestellt und Systemveränderungen gewagt werden, allerdings nicht im alten klassenkämpferisch-ideologischen Sinn, sondern im Sinn der angewandten Systemtheorie: Es müssen Denk- und Handlungsformen analysiert, verändert und neue Regelmechanismen instituiert werden, die die Wendung zu einer zukunftsfähigen Zivilisation bewirken.

## 1.3 Die neoliberale Ideologie und Wirtschaftsweise als Hauptursache der Zivilisationskrise

Wir behaupten, dass die Hauptursache unserer gegenwärtigen Zivilisationskrise in der kapitalwirtschaftlichen, neoliberal verschärfen Wirtschaftsweise und Ideologie liegt. Noch stellt unser gegenwärtiges Wirtschaften eine Mischung von Sozialer Marktwirtschaft, neoliberaler Wirtschaft, Elementen einer sozialen und ökologischen Alternativwirtschaft oder auch Non-Profitwirtschaft dar. Doch durchdringt und übergreift die neoliberale Wirtschaftsweise und Ideologie zunehmend alle anderen Wirtschaftsansätze und wirkt tief in alle sonstigen gesellschaftlichen Bereiche hinein.

- 1.3.1. Was sind die wichtigsten **Merkmale** der neoliberalen Wirtschaftsweise, deren zugespitzte Formen auch als Marktfundamentalismus, Marktradikalismus, Turbokapitalismus bezeichnet werden?

Deren **konstitutive Elemente** sind:

- Gewinnmaximierung um jeden Preis.
- Akkumulation der Wertschöpfung in Privatverfügung.
- Inhärenter Verwertungszwang und ständiges Wachstum als Existenzbedingung des Wirtschaftens.

Die vorrangigen **Strategien und Forderungen** der neoliberalen Wirtschaftsweise sind dementsprechend:

1. Ausklammerung der ethischen Wertorientierung und Gerechtigkeitsfrage aus der Wirtschaft.
2. Deregulierung der Wirtschaft, Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und Steuervermeidung.
3. Rationalisierung und Arbeitsplatzabbau („Entlassungsproduktivität“).
4. Externalisierung (Hinausdrängen) aller ökologischen und sozialen Kosten.

---

<sup>3</sup> „Nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise“ ist die Formel, auf die sich die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (United Nations Conference on Environment and Development – UNCED) 1992 in Rio geeinigt hatte.

5. Privatisierung, Kommerzialisierung, Monetarisierung aller Bereiche.
6. Ankurbeln des Konsums über den eigentlichen Bedarf hinaus.
7. Deregulierte Globalisierung und internationaler Konkurrenzkampf.
8. Dominanz der abschöpfenden Finanzwirtschaft vor der werteschaaffenden Realwirtschaft.
9. Zentralisierung und Monopolisierung wirtschaftlicher Macht.
10. Internationales Hegemoniestreben.

Zu sehen ist, dass die neoliberale Wirtschaftsweise in ihrem Wesen eine **Ausgrenzungs- und Bereicherungsökonomie** ist: Um der eigenen Bereicherung willen sind Handlungsmuster, Mechanismen und Leitbilder installiert, welche auf die **Abschöpfung** fremder Leistungen und das Verdrängen und Ausgrenzen aller Konkurrenten zielen. Die Auswirkungen sind genau die, die oben als Grundparadoxien und zerstörerische Entwicklungen benannt wurden.

1.3.2. Hinter den Prämissen, Strategien und Forderungen dieser Wirtschaftsweise stehen bewusst verbreitete **Ideologie und Mythen**:

- Wirtschaft wäre ohne ständiges exponentielles Wachstum nicht möglich,
- Reichtumsvermehrung und Konsum seien oberste Güter des Lebens,
- Handeln aus Eigennutz würde automatisch zum Wohlstand aller führen (Adam Smith),
- Freier Welthandel würde auch den armen Völkern zum Wohlstand verhelfen (David Ricardo),
- Die Anhäufung privaten Reichtums bei den Starken würde Innovation und soziale Wohlfahrt erst möglich machen („Pferdeapfeltheorie“, M.Thatcher).

Verleugnet wird die tatsächliche Gesetzmäßigkeit des freien Marktes, bei einem nur geringen Anfangsunterschied zwischen stärker und schwächer im Fortgang unaufhaltsam zur Bevorteilung des Stärkeren zu führen.

1.3.3. Hinter der neoliberalen Wirtschaftsweise und ihren Ideologien steht ein **sozialdarwinistisches Menschenbild**: Der Mensch sei ein auf Egoismus, materielle Bereicherung, Neid, Konkurrenz, Aggressivität hin angelegtes Wesen. Nur im Ausleben dieser Gaben könne er überleben. Die Gaben von Solidarität, Teilen und Verzichten, Nächstenliebe, Verantwortung, spirituelle Sinnggebung werden abgewertet und im besten Fall ins rein Private abgeschoben.

Die Kombination dieses Menschenbildes mit der oben beschriebenen Wirtschaftsideologie führt dazu, dass der Egoismus und das Streben nach Reichtum, das Austricksen und Übervorteilen des anderen, Konkurrenzdenken, Ellbogenmentalität, Aggression und Gewalt auf allen Ebenen des Lebens und der Gesellschaft zum selbstverständlichen Leitbild und Lebensstil werden. Deutlich wird dies im herrschenden Mainstream, in Medien und Werbung, im „Kampf um Arbeitsplätze“, in der Unterhaltungsindustrie, in der Kindererziehung usw.

1.3.4. Damit stehen die **Wertebedingungen einer menschlichen Zivilisation** in Frage.

Deutlich ist, dass die neoliberale Wirtschaftsweise diesen nicht gerecht wird: Sie fördert zwar in bestimmter Hinsicht die technischen und wirtschaftlichen Innovationen und die Schaffung materieller Werte, doch unterhöhlt sie die anderen Wertebedingungen einer menschlichen Zivilisation: (1.) die **Sozietät**, d.h. die Fähigkeit, ein Gemeinwohl aufzubauen, einen Staat und eine Völkergemeinschaft, in der gemeinsame Interessen erkannt und Regelwerke zur Realisierung des Gemeinwohls entwickelt werden; (2.) die **Solidarität**, d.h. die Orientierung an einer Ethik und an Regeln, in denen der Schwächere integriert und vom

Stärkeren mit getragen wird; (3.) die **Spiritualität**, d.h. die Erfahrung vorgegebener geistig-seelischer Werte und Wahrheiten, der Antrieb zum Gutsein und zur Liebe, Inspiration, Wahrheitssuche und Sinnfindung.

Mit dem Verlust dieser Werte verliert eine Gesellschaft ihre Zivilisationsfähigkeit und damit ihre Zukunft.

## 2 Knackpunkte und Schlüsselfragen unserer gegenwärtigen Wirtschaftsweise

Es schälen sich Schlüsselfragen heraus, die bearbeitet werden müssen, um einer Lösung der Probleme näher zu kommen.

Eine erste Kernfrage ist die **Wachstumsfrage**: Das bestehende Wirtschaftssystem ist durch die Art der Wirtschaftsrechnung auf permanentes Wachstum programmiert und kann nicht ohne immer neue Wachstumsschübe existieren. Dieser Grundzustand wird durch den Bereicherungstrieb, den Konkurrenzkampf und Abschöpfungsmechanismen auf die Spitze getrieben, die einer Minderheit auf Kosten der Mehrheit zugute kommen. Solches Wachstum geht mit ständiger Rationalisierung und Automatisierung einher, macht Menschen überflüssig und stößt sie in die Arbeitslosigkeit. Schließlich wird ein „Wachstum um jeden Preis“ stets in ökologische Unverträglichkeit münden. Was bedeutet also ein „verträgliches Wirtschaftswachstum“ und wie kann es erreicht werden?

Eine zweite Schlüsselfrage ist die Frage nach der Anerkennung der werteschaaffenden Eigenschaft der **verschiedenen Arten der Arbeit**: Während die warenproduzierende Arbeit im industriewirtschaftlichen Kernbereich fraglos als werteschaaffend gilt, gibt es große Teile gesellschaftlich notwendiger Tätigkeit auf sozialen, familiären, kulturellen und gemeinnützlichen Gebieten, die nicht paritätisch, sondern wie eine negative wirtschaftliche Größe behandelt werden und die keine vergleichbare Vergütung oder Anerkennung erfahren. Was soll also als gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit anerkannt werden und entsprechende Geltung erlangen?

Eine dritte grundlegende Frage ist die **Eigentumsfrage** und die damit auch verknüpfte Frage nach gesellschaftlicher Macht: Inwiefern oder inwieweit ist privates Eigentum an Produktionsmitteln legitim und inwiefern oder inwieweit kann die Aneignung gesellschaftlichen Reichtums mit einem individuellen Leistungsbegriff verknüpft werden. Diese Frage stellt sich um so schärfer, wenn die Erträge des Wirtschaftens aus einer gesamtgesellschaftlich vernetzten, kombinierten oder gar staatlich direkt finanzierten oder geförderten Ökonomik beruhen. Auch die Frage nach der Grundlage und den Grenzen des Eigentums an Grund und Boden bedarf unter heutigen Bedingungen in den hochindustrialisierten Gesellschaften einerseits oder den noch sehr agrarisch geprägten Gesellschaften andererseits einer kritischen Untersuchung und weiteren Diskussion. Was bedeutet heute „Eigentum verpflichtet“?

Es gilt also, eine ganze Reihe grundlegender Mechanismen und Regeln des gegenwärtigen Wirtschaftens auf den Prüfstand zu stellen, darunter insbesondere:

- ein **Eigentumsrecht**, das die Akkumulation des gemeinsam geschaffenen Mehrwertes in alleinige Privatverfügung und ohne demokratische Kontrolle und Zweckbindung ermöglicht,
- ein **Geld- und Finanzsystem**, das eine leistungslose Abschöpfung des gesellschaftlichen Reichtums und höchste Profite aus Spekulationen gegen die Interessen realwirtschaftlicher Akteure ermöglicht,
- ein **Lohnsystem**, das einigen überhöhte „Verdienste“ erlaubt, die nichts mehr mit eigener Leistung zu tun haben, und das anderen einen Lohn zuteilt, von dem sie nicht leben können,
- ein **Steuer- und Sozialsystem**, das weder den Prinzipien der Solidarität noch den Prinzipien sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit gerecht wird,

- eine neoliberale Globalisierung und deren **Welthandelsbedingungen**, die die reichen Industriestaaten bevorteilen und die Entwicklungsländer benachteiligen.

### **3 Ethische Prämissen und Leitvorstellungen einer Solidarischen Ökonomie**

Wenn Systemansätze einer solidarischen Ökonomie entwickelt werden sollen, müssen zunächst die ethischen /sozialethischen Prämissen und Leitvorstellungen untersucht werden, auf denen eine lebensdienliche Ökonomie beruht. Wir gehen von folgenden Leitvorstellungen und Prämissen aus:

#### **3.1 Menschenwürde und Menschenrechte eines jeden**

Die Menschenwürde und die Menschenrechte, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen und dem Grundgesetz der BRD proklamiert werden, haben für jeden Menschen auch im wirtschaftlichen Leben zu gelten. Dies bedeutet, dass es keine Arbeitsbedingungen und keine wirtschaftlichen Strukturen geben darf, die diese Grundrechte verletzen.

Das ökonomisch-soziale Gefüge sollte so organisiert werden, dass die sozialen Grundrechte auf Arbeit, Wohnung, Bildung, ausreichende Nahrung und medizinische Versorgung tatsächlich gewährleistet sind. Dieser Anspruch gilt global.

#### **3.2 Menschenbild und Lebensverständnis**

An Stelle des sozialdarwinistischen neoliberalen Menschenbildes setzen wir ein ganzheitliches, christlich-humanistisches Menschenbild, das auch andere Weltreligionen weitgehend teilen: Dem Menschen sind sowohl egoistische Anlagen gegeben und das Streben nach Selbstbehauptung, Eigennutz und Bereicherung als auch altruistische Bedürfnisse und Gaben der Solidarität, der Verantwortung, des sinnvollen Verzichts, der Nächstenliebe und der spirituellen Sinnsuche.

Beide Anlagen sind lebensnotwendig, müssen aber in ein Verhältnis zueinander gebracht werden, in welchem die solidarischen und gemeinschaftsförderlichen Gaben die selbstbezogenen Bestrebungen eingrenzen und tragen. Sowohl soziale Gemeinschaften wie auch der einzelne Mensch finden gelingendes Leben nicht im Ausleben von Egoismen, nicht im Immer-Mehr-Haben, nicht in Kampf und Konkurrenz, sondern in Kooperation und Beteiligung, in Empathie und Nächstenliebe, Wertschätzung und spiritueller Sinnfindung<sup>4</sup>. Entscheidend für die Entwicklung der lebensdienlichen Gaben des Menschen sind die Stimulanzen aus seiner Umwelt: Eltern, Bildung, Kultur und Wirtschaft. Darum muss der auf Neid, Kampf und Konkurrenz gerichtete gesellschaftliche Mainstream überwunden werden.

#### **3.3 Gemeinwohl, Demokratie und Zivilisation**

Der Mensch existiert von seiner Evolution her nicht als Einzelwesen, sondern als Gemeinschaftswesen. Darum müssen Gemeinwohl und Privatwohl in Einklang gebracht werden.

Damit das Gemeinwohl realisiert werden kann, braucht es seit Beginn menschlicher Zivilisation ethisch und sozial bestimmte Regeln für das Miteinander der Menschen - von den Zehn Geboten bis zur Gesetzgebung eines modernen Staates. Eine demokratische Sozialverfassung hat sich als beste Grundlage für ein rechtlich geordnetes Gemeinwesen erwiesen.

Aus diesen Zusammenhängen erwachsen die Bedingungen einer überlebens- und zukunftsfähigen menschlichen Zivilisation: neben der Schaffung materieller Werte sind dies die immateriellen Werte demokratischer Partizipation, gelebter Solidarität, inspirierender Kultur und sinngebender Spiritualität (vgl. unter 1.3.4.).

---

<sup>4</sup> Siehe hierzu auch die neuere neurobiologische Forschung hin, z.B. Joachim Bauer, Prinzip Menschlichkeit – Warum wir von Natur aus kooperieren, 2006.

Daher muss eine Wirtschafts- und Gesellschaftsideologie, die Eigennutz, Selbstbereicherung und Konkurrenz zum Motor allen Handelns erklärt und über das Gemeinwohl setzt, demaskiert und überwunden werden.

### 3.4 Erhaltung des Ökosystems Erde

Das einzigartige Ökosystem unserer Erde ist Grundvoraussetzung unseres Lebens. Die heute verheerend um sich greifende Gefährdung dieses Ökosystems muss mit allen zweckdienlichen Mitteln so rasch wie möglich gestoppt werden. Dazu müssen wirtschaftliche Interessen unter das Primat ökologischer Nachhaltigkeit gestellt werden. Da die neoliberale Wirtschaftsweise durch ihr Primat des Eigennutzens und des Profitstrebens dies ständig unterläuft, ist sie durch eine ökologische Wirtschaftsweise zu ersetzen. (s. 3.15)

### 3.5 Definition und Kriterien einer „Solidarischen Ökonomie“

Solidarische Ökonomie ist eine Wirtschaftsweise, die Wirtschaft nicht als Konkurrenz, sondern als **kooperativen Prozess zum Nutzen aller** Beteiligten gestaltet. Zu ihr gehören folgende **Kriterien** und **Ziele**:

1. Hineinnahme aller in den ökonomischen Prozess von Arbeit, Produktion, Einkommen, Konsumtion, Steuer- und Sozialsystem (aktive Solidarität).
2. Entwicklung einer sozialen Grundsicherung aller unabhängig von der Leistungsfähigkeit des Menschen (passive Solidarität).
3. Demokratische Mitbestimmung und Kontrolle wirtschaftlicher Abläufe.
4. Wahrung des Gemeinwohls.
5. Solidarisch-partnerschaftliche Beziehung zu allen Völkern der Erde.
6. Primat ökologischer Nachhaltigkeit.

Solidarische Ökonomie arbeitet sowohl theoriebildend als auch in der Erarbeitung und Unterstützung praktischer Modelle und Projekte.

## 4 Ökonomische Prämissen und Systemansätze einer lebensdienlichen Ökonomie

Den sozialetischen Prämissen entsprechend sind ökonomische Gestaltungselemente zu entwickeln, d.h. konkretere Zielstellungen und systemische Ansätze einer Solidarischen Ökonomie. Dies können zunächst noch keine konkreten ökonomischen Modelle und Gesetzesregelungen sein, aber durchaus konkret orientierende Grundlagen. Aus der Zusammenschau der verschiedenen Aspekte können sich im Fortgang die folgenden konzeptionellen Ansätze ergeben.

### 4.1 Ökonomie als „gute Haushalterschaft“

Die gegenwärtige Wirtschaftsweise muss wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden. D.h. nicht der Mensch hat der Wirtschaft zu dienen, nicht die Realwirtschaft der Finanzwirtschaft, nicht die Produktion der höchstmöglichen Rendite, sondern umgekehrt: die Wirtschaft hat dem Menschen und dem Gemeinwohl zu dienen. „Ökonomie“ heißt „gute Haushalterschaft“ und hat die Aufgabe, die Menschen und die Gemeinschaft auf nachhaltige Weise mit lebensdienlichen Gütern und Dienstleistungen zu versorgen.

### 4.2 Primat der Politik und des Rechts

Damit die Wirtschaft von ihren Fehlorientierungen und Exzessen befreit werden kann, muss das Primat der Politik und des Rechts gegenüber der Wirtschaft wieder hergestellt und gesichert werden. Das heißt nicht die Installation eines Staatssozialismus und die Durchsetzung einer zentralistischen Planwirtschaft. Es heißt vielmehr, dass der demokratisch legitimierte Staat der Wirtschaft klare Rahmenbedingungen und Regeln setzt,

die ein effizientes Wirtschaften innerhalb der Bedingungen des Gemeinwohls, der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit ermöglichen.

#### **4.3 Beteiligungsökonomie statt Ausgrenzungs- und Bereicherungsökonomie**

Ein Grundprinzip solidarischen Wirtschaftens ist die Beteiligung aller Menschen am ökonomischen Prozess von Arbeit, Produktion, Einkommen, Konsumtion, Steuer- und Sozialabgaben – dies sowohl durch Teilen der Arbeit, durch Anteilhabe an den Erträgen, wie durch wirksame Mitbestimmung. Diese Beteiligung und Hineinnahme aller ist nicht nur die beste soziale Absicherung und Stabilisierung des Gemeinwesens, sondern auch die beste Basis nachhaltigen Wirtschaftens.

#### **4.4 Wachstumsmanie überwinden**

Das zwanghafte und exponentielle Wirtschaftswachstum muss in ein natürliches und flexibles Wachstum überführt werden, das Wachstum nur dort fördert, wo die Wachstumsfelder öko- und sozialverträglich offen sind.

Zugleich ist der Umstieg vom quantitativen zum qualitativen Wachstum geboten. Im Ressourcen- und Energieverbrauch ist quantitativ ein Minuswachstum zu erreichen, das im Zusammenspiel von Effizienz und Suffizienz möglich wird.

Dieser Umstieg wird und soll mit einer **Entschleunigung** einhergehen: Statt des „Immer schneller, immer effektiver, immer mehr“ wird eine Verlangsamung der überhitzten Entwicklungen zugunsten der psychosozialen und ökologischen Verträglichkeit angestrebt. Nicht höchstmögliche Leistungseffektivität, sondern höchstmögliche Verträglichkeit ist das Ziel.

#### **4.5 Der Markt innerhalb einer solidarischen Ökonomie**

Im Zusammenhang einer solidarischen Ökonomie haben auch Märkte und marktförmige Prozesse ihren Platz, da das freie Wechselspiel von Angebot, Nachfrage und Preisen eine aktivierende, regelnde und effizienzsteigernde Wirkung hat. Doch widersprechen wir dem Irrglauben, dass freie Märkte automatisch vorteilhaft sind. Dies leistet der Markt nur, wenn ihm sozialethische und ökologische Rahmenbedingungen (Sozialökologische Marktwirtschaft) gegeben werden, die Fairness und Chancengleichheit aller Marktteilnehmer wie auch das Gemeinwesen und die Natur schützen. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen sind größtmögliche Freiheit, Eigenverantwortung, Beteiligung und Wettbewerb möglichst aller am ökonomischen Prozess zu gewährleisten.

#### **4.6 Das Recht und die Grenzen von Privateigentum**

Privateigentum ist zu schützen, wo es Voraussetzung persönlicher Freiheit und Selbstentfaltung ist. Doch persönliches Eigentum ist nur dann legitim, wenn es nicht durch Raub und Aneignung anderer Erträge, nicht durch Übervorteilen und Ausnutzen wirtschaftlicher Macht, nicht durch Ausbeuten oder Ausnutzen einer Notlage anderer angeeignet wird. Eigentum hat immer einen verpflichtenden Charakter gegenüber dem Allgemeinwohl.

Boden und alle sonstigen nicht vermehrbaren Naturgüter können dem Prinzip nach kein alleiniges Privateigentum sein. Sie sind immer auch als Gemeineigentum anzusehen und können dem Einzelnen zur verantwortungsvollen Nutzung überlassen werden (z.B. Erbbaurecht).

Das Urheber- und das Patentrecht sind so umzugestalten, dass alle Menschen grundsätzlich gleichen Zugang zum Wissen haben und Vorhandenes kreativ weiterentwickeln können.

#### **4.7 Verantwortliches Unternehmertum**

Das private Unternehmertum birgt die Chance, im Wirtschaften hohe Kreativität, Effektivität und Innovation zu mobilisieren und sinnvolle Gewinne zu erwirtschaften. Darum ist

privatwirtschaftliches Unternehmertum zu schützen, solange es sowohl volkswirtschaftlich als auch sozial und ökologisch verträglich und förderlich gestaltet wird.

Weil der Unternehmer nicht nur für seine persönlichen Gewinne verantwortlich ist, sondern ebenso für das Wohlergehen der Arbeitnehmer und des Gemeinwesens und für die Erhaltung der natürlichen Ressourcen, ist dies in betriebsrechtlichen Bestimmungen abzusichern. Neben der fachlichen und ökonomischen Qualifikation des Unternehmers ist ebenso eine sozialetische und ökologische Qualifizierung anzustreben.

#### **4.8 Eigentum an Produktionsmitteln und Beteiligungsökonomie**

Unbeschränktes Privateigentum an Produktionsmitteln ist weder mit unserer Verfassung noch mit einem anderen am Gemeinwohl orientierten Rechtssystem vereinbar. Deshalb ist das Gesellschaftsrecht insbesondere für große Betriebe und Kapitalgesellschaften so zu ändern, dass die im Grundgesetz verankerte Gemeinwohlbindung des Eigentums nachhaltig gesichert wird.

Da die betriebliche Wertschöpfung nicht allein aus dem Vermögen des Unternehmers, sondern ebenso aus den strukturellen Vorgaben der Gesellschaft und aus dem Innovations- und Arbeitsvermögen seiner MitarbeiterInnen gewonnen wird, kann der gemeinsam erarbeitete Mehrwert nicht in alleiniger Privatverfügung des Eigentümers belassen werden. Darum sollten zumindest größere Unternehmen nur nach den Regeln der Beteiligungsökonomie geführt werden. Dazu gehören effektive Mitbestimmung, Gewinn- und Risikobeteiligung und Sozialpflichtigkeit.

Ab einer gewissen Dauer und Größe stehen Betriebe denen zu, die darin arbeiten, und gehören niemandem bzw. sich selbst, wie bei Stiftungsunternehmen schon heute. Da neue Investition immer aus den gemeinsam erwirtschafteten Gewinnen erfolgt, unterliegt das ursprünglich eingebrachte Kapital den Prinzipien der Abschreibung.

#### **4.9 Genossenschaftliche Marktwirtschaft**

Die genossenschaftlichen Betriebsformen haben gegenüber dem privatwirtschaftlichen Unternehmen den Vorteil, dass sie von vornherein kooperativ sind, eine Akkumulation des Mehrwertes in alleinige Privatverfügung nicht zulassen und durch Selbstbestimmung und Gewinn- und Risikobeteiligung aller bestimmt sind. Darum sind sie als solidarische Ökonomie in besonderer Weise zu fördern.

#### **4.10 Entkommerzialisierung der Lebensgrundlagen**

Der Markt mit seinem freien Wechselspiel von Angebot, Nachfrage und Preisen wird in die Bereiche zurückverwiesen, in denen er seine lebensdienliche Funktion hat, also im Handel mit materiellen Gütern und Dienstleistungen, die über die Grundsicherung menschlichen Lebens hinausgehen. Die Bereiche der Öffentlichen Güter und der strukturellen Grundversorgung der Menschen wie Verwaltung, Polizei, Justiz, Finanzdienstleistungen, Schule und Bildung, soziale und medizinische Versorgung, Versorgung mit Wasser, Abwasser, Energie, Verkehr, Besitz an Grund und Boden, Kulturgüter usw. sollten dem Profitstreben entzogen und darum entkommerzialisieren, entprivatisieren und staatlichen, kommunalen und freien gemeinnützigen Trägern überantwortet werden.

#### **4.11 Reform des Finanz- und Geldsystems**

Die Funktion des Geldes wird auf seine ursprünglichen Aufgaben zurückgeführt: (1.) es dient als Tauschmittel dem Austausch von Waren und Leistungen, (2.) es ermöglicht durch Sparen und Kreditvergabe größere Investitionen, (3.) es ist ein Wertmassstab für quantifizierbare Werte.

Dort, wo Geld zum Kaufobjekt selbst wird, dient es der leistungslosen Gewinnabschöpfung des Geldgebers – insbesondere beim spekulativen Handel mit Krediten und Schuldverschreibungen und sogenannten Derivaten. Das Kredit- wie auch das

Wertpapierhandelssystem ist darauf hin zu überprüfen und umzugestalten, dass es diese parasitären Abschöpfungseffekte verliert.

Finanzunternehmen wie Sparkassen, Banken usw. sind als reine Dienstleistungsunternehmen zu verstehen und umzugestalten. Banken und Sparkassen sollen Einrichtungen der öffentlichen Hand werden. Sie haben betriebswirtschaftlich sich selbst tragend, aber nicht gewinnorientiert, sondern ausschließlich kundenorientiert und gemeinnützig zu arbeiten.

#### **4.12 Ganzheitliches Arbeitsverständnis, Teilen der Erwerbsarbeit**

Arbeit ist ganzheitlich zu verstehen, d.h. ihr Wert liegt nicht allein in materieller Wertschöpfung (Produktion, Gewinn, Lohn), sondern ebenso und mehr in ihrer sozialpsychologischen, kulturellen und sinngebenden Wertschöpfung. Diese Wertschöpfung durch Arbeit geschieht in drei Bereichen: 1. in unentgeltlicher Eigenarbeit (Familienarbeit, Hobby u.ä.), 2. in ehrenamtlicher Gemeinnutzarbeit, 3. in bezahlter Erwerbsarbeit.

Arbeit ist Grundbedürfnis und Grundrecht des Menschen und jedem Menschen zu ermöglichen.

Der besondere Wert der Erwerbsarbeit liegt darin, dass durch sie der Mensch in den ökonomischen Prozess von Arbeit, Produktion, Einkommen, Konsumtion und Steuer- und Sozialsystem eingebunden wird. Ein dauernder Ausschluss des Menschen aus Erwerbsarbeit schließt ihn nicht nur aus dem ökonomischen Prozess und damit aus der monetären Wertschöpfung aus, sondern weitgehend auch aus sozialer Teilhabe und Wertefindung. Darum ist das Volumen der Erwerbsarbeit durch festgestellte flexible Regelarbeitszeiten so zu teilen, dass jeder arbeitsfähige Mensch an ihr teilhaben kann.

#### **4.13 Leistungsgerechte Entlohnung**

Im Entlohnungssystem wird das freie Wechselspiel von Angebot und Nachfrage (das „Knappheitskriterium“) durch das Prinzip leistungsgerechter Entlohnung und durch die Einführung von Mindestlöhnen und Höchstlöhnen eingegrenzt. Zu prüfen ist dabei auch, wie hoch ein Lohn unter den Prämissen der Leistungsgerechtigkeit höchstens sein darf, um nicht als Raublohn, der aus der Arbeit anderer stammt, ausgeschlossen zu werden. Dabei sind Kriterien heran zu ziehen wie die Leistungsintensität, der Ausbildungsgrad und die Qualifikation sowie die Verantwortungslast. Das berufliche Leistungsvermögen des Menschen liegt etwa zwischen einem Drittel und dem Fünffachen der durchschnittlichen Leistungskraft eines voll arbeitenden Menschen. Hieran können leistungsgerechte Mindest- wie auch Höchstlöhne orientiert werden.

#### **4.14 Soziale Grundsicherung unabhängig von Erwerbsarbeit**

Grundlegend für eine solidarische Ökonomie ist eine soziale Grundsicherung des Menschen, die unabhängig vom seinem Leistungsvermögen gewährt wird. Darum wird ein bedingungsloses „Bürgergeld“ angestrebt, das jedem Menschen allein auf Grund seiner Geburt gewährt wird und an die Stelle der bisherigen Sozialleistungen tritt (Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Kindergeld, Bafög, Grundrente u.a.). Die Höhe soll so bemessen sein, dass sie die soziale Grundsicherung gewährt, zugleich aber ein Anreiz zur Arbeit bleibt.

#### **4.15 Solidarisches Steuer- und Sozialsystem**

Das Steuer- und Sozialwesen wird nach folgenden Prämissen gesichert und weiterentwickelt:

1. Nach dem solidarischen Prinzip wird der jeweils Schwächere durch die Stärkeren entlastet und mitgetragen (progressive Besteuerung).
2. Von allen Bürgern und von allen Einkommen werden Abgaben für das Steuer- und Sozialsystem erhoben (Prinzip der Bürgerversicherung).
3. Die paritätische Beteiligung der Unternehmen am Sozialsystem (Sozialpflichtigkeit) bleibt erhalten und wird arbeitsplatzfördernd umgebaut.

4. Alle steuerlichen Maßnahmen und Gestaltungen werden am Prinzip der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit orientiert.

Die arbeitsplatzfördernde Umgestaltung der Sozialabgaben der Unternehmen soll so geschehen, dass diese von den Arbeitsplätzen gelöst und an die Wertschöpfung der Unternehmen gebunden wird – z.B. nach Berechnung mittels eines „Arbeitsplatzkoeffizienten“: ein hoher Gewinn mit wenigen Arbeitsplätzen ergibt eine hohe Sozialsteuer, ein geringerer Gewinn mit vielen Arbeitsplätzen ergibt eine geringere Sozialsteuer (indirekte „Maschinensteuer“).

Das Finanz- und Haushaltswesen der öffentlichen Hand muss so ausgestaltet werden, dass die notwendigen Mittel für die Entkommerzialisierung und für die Aufgaben der Daseinsvorsorge, für die infrastrukturelle Ausstattung und die zivilisatorische Entwicklung bereit stehen, ohne in anhaltende Staatsverschuldung zu führen. Dafür muss das überwiegend auf Einkommen orientierte Steuerwesen auf den Prüfstand gestellt werden, z.B. im Sinne einer schrittweisen Umstellung der Steuerlast auf den Verbrauch und die Inanspruchnahme von Naturressourcen (sozial und ökologisch gestaffelte Verbrauchsbesteuerung bzw. Ökoumlage).

#### **4.16 Umstieg auf regenerative Energie- und Kreislaufwirtschaft**

Durch ein entsprechendes Steuer-, Abgaben- und Förderungssystem ist eine ökologische Wirtschaftsweise durchzusetzen. Dazu gehören vor allen Dingen die drastische Verringerung des Ressourcenverbrauchs und weitgehende Reduzierung des Abfalls und der Abgase, der Umstieg auf regenerative Energieträger und die Entwicklung höchstmöglicher Energieeffizienz, der Ausbau der Regionalwirtschaft und die Durchsetzung einer konsequenten Kreislaufwirtschaft aller Ressourcen. An die Stelle der Externalisierung ökologischer Kosten muss das Verursacherprinzip treten.

#### **4.17 Globalisierung und Regionalisierung der Ökonomie, Dezentralisierung und Vernetzungsprinzip**

Monopole und oligopole Machtkonzentrationen in der Wirtschaft (national und Transnationale Konzerne) untergraben Wettbewerb, Chancengleichheit, Regionalentwicklung, Politikfähigkeit und soziale und ökologische Verträglichkeit. In Krisen sind diese kollapsanfälliger als kleingliedrigere Einheiten.

Darum sind internationale Regelwerke zu schaffen, die Machtkonzentration verhindern, kleingliedrige, dezentrale und regionale Einheiten stärken und diese in fairen Welthandelsbedingungen weitestmöglich global vernetzen. Lebensdienliche Globalisierung heißt reger weltweiter und helfender Austausch unter Wahrung der eigenständigen und regionalen Entwicklungsmöglichkeiten.

Ausgehend von den hier umrissenen und weiter zu überprüfenden Hauptaspekten und Grundorientierungen einer Solidarischen Ökonomie sollen Modelle und Projekte entwickelt und die dafür notwendigen wirtschafts- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen gesucht und gefordert werden.

Dabei kann an schon vorhandene Regeln, Praktiken und Potenziale angeknüpft werden, die der Idee einer Solidarischen Ökonomie nahe kommen und in diesem Sinne weiter entwickelt werden können. Hierzu gehören Elemente der Sozialen Marktwirtschaft und des Sozialstaates, ökologische Gesetzgebungen und Steuerungsmechanismen, vorhandene Mitbestimmungs- und Partizipationsrechte, genossenschaftliche und stiftungsförmige Eigentumsformen wie auch die Wertebindungen und Gemeinwohlklauseln der Verfassung. Darüber hinaus sind neue weitergehende Modelle, Regelwerke und Gesetze einer Solidarischen Ökonomie zu entwerfen, die den erforderlichen Umbau des Wirtschaftsgeschehens und des gesellschaftlichen Lebens herbeiführen können.